

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Aufbau Ost - besorgniserregenden Entwicklungen Mecklenburg-Vorpommerns im wirtschaftlichen Angleichungsprozess entgegentreten

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag nimmt mit großer Sorge zur Kenntnis, dass Mecklenburg-Vorpommern im wirtschaftlichen Angleichungsprozess im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Ländern nur die geringsten Fortschritte erzielen konnte. Mit Blick auf den Landesfinanzbericht des Landesrechnungshofes für das Jahr 2018 als auch den aktuellen Fortschrittsbericht „Aufbau Ost 2017“ sind nach Auffassung des Landtages insbesondere folgende Tatsachen besorgniserregend:
 1. Bei der Arbeitslosenstatistik belegt Mecklenburg-Vorpommern unter den Flächenländern den letzten Platz.
 2. In keinem anderen Bundesland verfügen die Menschen über so geringe Einkommen und Löhne wie in Mecklenburg-Vorpommern.
 3. Beim Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung belegt Mecklenburg-Vorpommern abermals den letzten Platz unter den Flächenländern.
 4. Mecklenburg-Vorpommern belegt schließlich auch im Hinblick auf das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner den letzten Tabellenplatz.
 5. Die Ansiedlung von jungen und innovativen Start-Ups ist auf einem äußerst geringen Niveau. Die Bedingungen für Start-Ups werden in kaum einem Bundesland so schlecht bewertet wie in Mecklenburg-Vorpommern.
 6. Bei den privaten und öffentlichen Aufwendungen für Forschung, Entwicklung und Innovationen liegt Mecklenburg-Vorpommern selbst im Vergleich unter den ostdeutschen Ländern weit abgeschlagen auf dem letzten Rang.
 7. Bei der Nutzung von Bundesförderprogrammen, wie beispielsweise INNO-KOM-Ost, schneidet Mecklenburg-Vorpommern bundesweit am schlechtesten ab.
 8. Bei der Exportquote tritt Mecklenburg-Vorpommern seit Jahren auf der Stelle und sitzt im Tabellenkeller fest. Während im Jahr 2016 die neuen Bundesländer ihre Exportquote überdurchschnittlich steigern konnten, verzeichnete Mecklenburg-Vorpommern ein Minus-Wachstum.

-
- II. Geradezu alarmierend ist nach Auffassung des Landtages die Tatsache, dass Mecklenburg-Vorpommern mehr und mehr den Anschluss verliert, der Abstand zu den westdeutschen Flächenländern vergrößert sich sogar. Auch im Vergleich zu den ostdeutschen Ländern hat sich Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren schlechter entwickelt.
- III. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung trotz der zahlreichen Probleme zu wenig in die Zukunft des Landes investiert. Sie nutzt die sich ihr bietenden Möglichkeiten vollkommen unzureichend, obwohl die gesamtwirtschaftliche Lage seit Jahren gut ist. Stattdessen vergrößert die Landesregierung Jahr für Jahr lieber ihre Rücklagen, die mittlerweile mit über zwei Milliarden Euro sogar ein Viertel des gesamten Haushaltsvolumens ausmachen. Rücklagen in angemessener Höhe sind für eine solide Haushaltspolitik sinnvoll und auch geboten, die von der Landesregierung angehäufte Rücklagenhöhe jedoch ist im Hinblick auf den Handlungsbedarf und den Investitionsstau unverantwortlich.
- IV. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, die ernste Situation nicht zu beschönigen und den sich vergrößernden Abstand zu anderen Bundesländern endlich zur Kenntnis zu nehmen. Die Akzeptanz der Realität ist Grundvoraussetzung für die Entwicklung und Einleitung wirksamer Maßnahmen. Nach Überzeugung des Landtages zählen hierzu insbesondere
1. mehr Engagement bei der Anhebung des Lohnniveaus, insbesondere durch die Koppelung des Mindestlohns im Landesvergabegesetz an die unterste Entgeltgruppe des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder;
 2. mehr Engagement auf Bundesebene mit dem Ziel der Stärkung der Einnahmehasis durch eine angemessene Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen;
 3. mehr Investitionen in die Zukunftsthemen Bildung, Digitalisierung und Mobilität;
 4. die Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Zukunftspaktes als Nachfolgeprojekt zum Bündnis für Arbeit und dessen konsequente Ausrichtung auf die Zukunftsthemen des Landes im Zusammenwirken mit den Sozialpartnern;
 5. mehr Mut, innovative Wege in der Wirtschafts- und Förderpolitik zu gehen.
- V. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Landtag bis Ende dieses Jahres darüber zu unterrichten, wie die Landesregierung die Entwicklung des Landes im wirtschaftlichen Angleichungsprozess beurteilt und welche konkreten Maßnahmen zur Einleitung eines nachhaltigen Aufholprozesses eingeleitet werden sollen.

Simone Oldenburg und Fraktion